

# Gemeinsames Ziel, unterschiedliche Strategien, kein Schritt vorwärts

**NACHGEHAKT** Der Kreistag sollte zur Pößnecker Deponie Wiewärthe entscheiden, hat aber nicht einmal darüber geredet – warum nicht?

Von Marius Koity

**Pößneck.** Mehrere Pößnecker hatten sich am Montag auf den Weg nach Schleiz gemacht, um im Kreistag die Debatte zur Deponie Wiewärthe zu verfolgen. Nur Minuten nach Beginn der Sitzung gingen sie wieder – weil der entsprechende Punkt, ein gemeinsamer Antrag der CDU und SPD, ohne Erklärung von der Tagesordnung zurückgezogen wurde. Warum eigentlich?

„Wir wollten, dass der Kreistag, wie es schon der Pößnecker Stadtrat gemacht hat, ein starkes Signal in Richtung Saalfeld sendet“, erläutert Enrico Kleebusch, Chef der Kreistags-SPD. Der Nachbarlandkreis als gleichrangiger Partner des Saale-Orla-Kreises im deponie-

betreibenden Zweckverband Abfallwirtschaft Saale-Orla soll bekanntlich dazu bewegt werden, im Sinne von Pößneck-Nord einer Schließung der Wiewärthe auf absehbare Zeit zuzustimmen. Sollte das aus technischen Gründen vielleicht erst 2032 klappen, dann sollte die Endlagerung von Kesselstäuben aus der Müllverbrennung in Rudolstadt-Schwarza in Pößneck „mit sofortiger Wirkung“ beendet werden. Einen ursprünglichen CDU/SPD-Antrag mit diesem Ansinnen habe man, so Kleebusch, kompromissbereit um Gedanken der UBV ergänzt, weil die ja auch das Wiewärthe-Aus will. Zusätzlich habe man vor dem Kreistag zu einer abschließenden Erörterung des Positionspapieres eingeladen,



Unabhängig vom politischen Deponie-Streit wächst die Wiewärthe Tag für Tag. Archivfoto: Jens Voigt

um einen geschlossenen Auftritt in der Sache zu erreichen. Dieses Ziel habe die UBV mit ihrem Eigensinn torpediert.

Tatsächlich hatte die UBV für den Kreistag einen detaillierten Änderungsantrag entworfen. Dem von Wolfgang Kleindienst

vorbereiteten Dokument zufolge, sollten die Verbandsräte des Zweckverbandes förmlich angewiesen werden, in der Verbandsversammlung für das Ende der Kesselstaub-Endlagerung auf der Wiewärthe zu stimmen.

„Mal abgesehen davon, dass eine solche Anweisung unzulässig ist, war zu befürchten, dass dieses wichtige Thema von der UBV zerredet wird, so dass wir unseren Antrag zurückgezogen haben“, sagt SPD-Mann Kleebusch. „Wir bleiben aber dran und bringen im nächsten Kreistag einen neuen Antrag ein.“

Das kündigt auch die UBV an. Zwar berücksichtige das CDU/SPD-Papier „weitestgehend“ UBV-Forderungen, wie Kleindienst einräumt, von der „Hinhaltetaktik“ der großen Kreis-

tagskoalition halte er jedoch nichts. Die Menschen in Pößneck-Nord bräuchten keine politischen Erklärungen oder „Kompromisse, die nicht zielführend“ seien. Vielmehr müssten Dinge geändert werden und das sei am besten mit einer öffentlichen Debatte zu erreichen. Schließlich ist Kleindienst überzeugt, dass eine Anweisung von Verbandsräten rechtens sei.

Und was sagt man in Pößneck-Nord dazu? „Einige Leute haben jetzt die Nase endgültig voll“, erklärt Andreas Vitik, Sprecher der Bürgerinitiative gegen die Deponie. Die Vorgänge im Kreistag will er öffentlich nicht kommentieren, für ihn sei aber klar: „Das Ziel erreichen wir nur dann, wenn sich die Politik endlich einig wird.“

15.9.17